

Spitzengespräche — von draußen beurteilt

Die „Spitzengespräche“ zwischen den Vorsitzenden des DGB und der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände finden auch im Ausland wachsende Beachtung. Als Beispiel dafür zitieren wir einen Bericht, der im *Volksrecht*, der führenden Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, in Nr. 106 vom 7. Mai 1965 erschienen ist:

„Wenn sich der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände zu einem ‚Spitzengespräch‘ zusammensetzen, findet das in Bonn niemand mehr außergewöhnlich. Das Interesse richtet sich bloß darauf, was dabei herauskommt. Dabei gibt es diese Aussprache erst seit ein paar Jahren. In dieser Zeit hat sich eine solche Versachlichung der Beziehungen entwickelt, daß inzwischen schon Gewerkschaftsjournalisten zu den Arbeitgebern eingeladen werden und umgekehrt die Unternehmerpresse zu Informationsgesprächen zum DGB geholt wird.

Die Versachlichung ist vor allem deshalb so rasch vorangeschritten, weil die beiden Organisationsspitzen nur geringe eigene Befugnisse haben. Beide sind die Organisation von Organisationen und als solche dem Tagesgetümmel weitgehend entrückt. Die harten Auseinandersetzungen um Tarifverträge werden von den Einzelgewerkschaften und den Einzelverbänden der Unternehmer ausgetragen. Übertriebene Erwartungen soll man an die Spitzenkontakte nicht knüpfen, denn noch immer wird auf beiden Seiten eine unterschiedliche Sprache gesprochen. Noch ist es nicht gelungen, sich auf eine völlig gleichartige Interpretation vieler Begriffe und Berechnung nationalökonomischer Daten zu einigen. Deshalb haben sich beide Seiten auch nicht über die Gewerkschaftsforderung verständigen können, bei den Lohnverhandlungen den Fortschritt in der Produktivität und die Preissteigerungen gleichermaßen zugrunde zu legen. Die Arbeitgeber möchten gerne den Produktivitätsfortschritt als Maßstab für Lohnerhöhungen einführen. Die Gewerkschaften wehren sich dagegen mit dem Argument, daß in letzter Zeit dadurch der reale Lohnanstieg auf lächerliche Prozentbeträge beschränkt geblieben wäre.

Wie das jüngste ‚Spitzengespräch‘ bewiesen hat, haben die beiden Organisationen aber auch gemeinsame Interessen, die sie gegen Dritte verteidigen. In diesem Fall verbünden sie sich gegen die Bonner Regierung, die den Spitzenorganisationen zu wenig Informationen über die in Brüssel behandelten Probleme gibt. Eine gemeinsam von Arbeitgebern und Ge-

werkschaften eingesetzte Arbeitsgruppe von Fachleuten soll sich in erster Linie um diese europäischen Fragen kümmern und die Bonner Regierung ein wenig unter Druck setzen. Aber darüber hinaus kann dieser gemeinsame Stab noch große Auswirkungen haben. Vielleicht gelingt es ihm doch, die nationalökonomischen Analysen und Formeln, die von den Wissenschaftsinstituten beider Seiten ausgearbeitet werden, unter einen Hut zu bringen. Die von allen Seiten immer wieder geforderte Versachlichung der Lohnpolitik ist möglicherweise näher als man denkt.“

Krise im „Weltgewerkschaftsbund“

„Der Weltgewerkschaftsbund treibt einer Krise entgegen — Interne Probleme der kommunistischen Gewerkschaftsfront“ ist ein Bericht in der Zeitung *Der Bund* (Bern), Nr. 202 vom 13. Mai 1965, überschrieben; es heißt dort:

„Die sowjetisch-chinesische Auseinandersetzung hat verschiedene internationale Organisationen des Weltkommunismus in eine schwierige Lage versetzt, so auch den von Prag aus wirkenden Weltgewerkschaftsbund (WGB). Dies war erstmals vor drei Jahren offensichtlich geworden, als die Chinesen die Idee der Gründung einer afro-asiatischen Arbeiterorganisation aufgeworfen hatten, um die afrikanischen und asiatischen Gewerkschaften unter ihren eigenen Einfluß zu bringen. Seitdem hat sich der chinesische Druck auf die Führung des WGB ständig verstärkt. Mit diesem Problem beschäftigte sich vor allem auch die jüngste Sitzung des Exekutivkomitees der Organisation in Moskau, ohne daß eine Lösung gefunden werden konnte.

In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß das von dem französischen Kommunisten *Louis Saillant* geleitete Generalsekretariat des WGB nicht nur von Peking, sondern noch von anderen Seiten angegriffen wird. Während der von den Chinesen geführte linke Flügel dem Sekretariat ‚Revisionismus‘ und ‚Verrat an der Sache des internationalen Proletariats‘ vorwirft, beschuldigt der rechte, von den Italienern geleitete Flügel dieses wiederum des ‚Zentralismus‘, wobei Saillant zum Vorwurf gemacht wird, er gewähre den nationalen Mitgliedorganisationen, vor allem denen in Westeuropa, zu wenig Autonomie, wodurch deren Aktionen gehemmt würden.

Wie aus verlässlichen Quellen verlautet, kommt zu diesen Schwierigkeiten noch die Tatsache, daß die Chinesen sowie die ihnen ergebenden albanischen, nordvietnamesischen, nordkoreanischen und — seit jüngster Zeit — auch indonesischen Mitgliedorganisationen des WGB die Zahlung ihrer Mitgliedsgebühren eingestellt haben, um einen verstärkten Druck auf die Leitung des Bundes ausüben zu können.

Damit verlor der WGB ein Drittel seiner bisherigen Einkünfte.

Die Chinesen fordern vor allem eine Änderung des Abstimmungssystems in dem Sinne, daß künftig sämtliche Beschlüsse des WGB einstimmig gefaßt werden müßten. Dies würde Peking ein eigentliches Vetorecht sichern. Der chinesische Block wird bei diesem Postulat auch von den Rumänen unterstützt; dies kam auf der Budapester Ratssitzung im vergangenen Oktober klar zum Ausdruck, als der rumänische Delegierte das bisherige, auf der Stimmenmehrheit basierende Abstimmungssystem einer strengen Kritik unterwarf und als überholt bezeichnete.

Saillant ist durch diese Forderung in eine heikle Lage geraten. Gibt er dem Postulat nach, so bedeutet dies den Verlust der sowjetischen Vormachtstellung im Weltgewerkschaftsbund. Lehnt er aber die Modifizierung des bisherigen Abstimmungssystems ab, so verschlimmert sich die finanzielle Lage der Organisation weiter; außerdem könnten die Chinesen die Ablehnung als Grund zum Austritt aus dem WGB benutzen, um sich als ‚Opfer‘ der gegenwärtigen Führung aufzuspielen.

Nun sollen diese Probleme dem 6. Kongreß des WGB, der im kommenden Oktober in Warschau zusammentreten wird, zur Entscheidung vorgelegt werden. Damit dürfte aber dieser von Moskau gelenkten Tagung ein stürmischer Verlauf bevorstehen.

Das Generalsekretariat hofft nun, durch eine wesentliche Radikalisierung seines Programms eine Annäherung an China einleiten zu können. Vor allem soll eine engere Zusammenarbeit mit den extremistischen Organisationen in den Entwicklungsländern angestrebt werden. Man spricht von der Gründung einer breiten antiimperialistischen und antineokolonialistischen Front, in welcher der Weltgewerkschaftsbund eine wichtige Rolle zu spielen hätte. Dabei will das Generalsekretariat auch den italienischen Wünschen genügend Gehör schenken und bei der Organisation von Einheitsaktionen in Westeuropa die Vorschläge der italienischen Gewerkschaften stärker als bisher beachten.

Ob diese Taktik jedoch zum Ziel führen wird, ist deshalb fraglich, weil dem WGB — Ceylon ist dafür ein sprechendes Beispiel — miteinander rivalisierende, prochinesische und prosowjetische nationale Gewerkschaftsverbände angehören, die einander erbittert bekämpfen."

Hinweise

Der Monat konnte im Mai 1965 sein 200. Heft vorlegen. Dieses Jubiläumsheft ist unter

das Motto „Die Bundesdeutschen“ gestellt; es enthält Beiträge von Fritz Rene Allemann, Klaus Harpprecht, Rudolf Augstein, Günter Gaus, Peter Weiss, Johannes Bobrowski, Herbert von Borch, Francois Bondy, Heinrich Böll u. v. a.

Forum, das österreichische Pendant zum *Monat* widmet seit Jahr und Tag einen bemerkenswerten Teil seines Raumes einer interessanten, vielseitigen Diskussion von Marxismusproblemen, zu denen in den letzten beiden Jahrgängen u. a. Ernst Bloch, Georg Lukacs, Norbert Leser, Adam Schaff, Friedrich Heer, Friedrich Abendroth, Vladimir Dedijer und Ernst Winkler in Aufsätzen Stellung genommen haben. In Heft 137, Mai 1965, setzt sich Felix Ermacora mit dem Verhältnis des bedeutenden österreichischen Staatsrechtslehrers Hans Kelsen zur marxistischen Staatsrechtslehre auseinander, und ein Text von Carl Grünberg erinnert an den hervorragenden Betreuer des „Archivs der Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“; in einer Vorbemerkung schreibt die Redaktion; „Dr. Carl Grünberg, vor 25 Jahren fast achtzigjährig gestorben, war Professor an der Universität Wien, Jude und Marxist. Daß er alles drei sein konnte, spricht für die Zeit, in der er es war (1900 bis 1924). Heute wäre dies wohl unmöglich.“ Soweit hat es Hitler auch in Österreich gebracht!

Die Zeitschrift *Neue politische Literatur*, die in den letzten Jahren recht im Verborgenen blühte, erscheint jetzt in neuer, sehr verbesserter Gestalt in der Europäischen Verlagsanstalt (Frankfurt). Im Kreis der Herausgeber dieser nun vierteljährlich publizierten Berichte über neue politische Literatur des In- und Auslandes sitzen u. a. die Professoren Erwin Stein, Ridder, von Arentin, Besson, Bracher, Conze, Kogon und Schieder. Das soeben im Umfang von 120 Seiten vorgelegte Heft 1 des X. Jahrgangs enthält Sammelberichte über zahlreiche Neuerscheinungen zum Thema China, zum Thema „Selbstbestimmungsrecht — Nationalismus — Machtpolitik“, über „Politische Bildung in Deutschland“ und über „Aktuelle Wirtschaftspolitik“ sowie etwa zwei Dutzend Einzelbesprechungen wesentlicher neuer Bücher der internationalen politischen Literatur; aus der großen Zahl der sachkundigen Rezensenten seien Hans Kluth, Georg Stickrodt, Hans Tietgens, Thomas Ellwein, Ekkehart Krippendorff, Susanne Miller, Friedrich Fürstenberg, Werner Link, K. G. Fischer genannt.

Das erste Heft einer neuen, mindestens viermal jährlich im Umfang von je 160 bis 200 Seiten erscheinenden Zeitschrift soll Mitte Juni im Suhrkamp Verlag (Frankfurt) herauskommen; Hans Magnus Enzensberger redigiert sie. Sie heißt *Kursbuch*, hat aber nichts mit Eisenbahnen zu tun; der Name wird folgendermaßen gedeutet: „Kursbücher schreiben

keine Richtungen vor. Sie geben Verbindungen an, und sie gelten so lange wie diese Verbindungen. So versteht die Zeitschrift ihre Aktualität." In solchem Geiste sollen in diesen Heften politische, soziologische, kulturelle, literarische Fragen behandelt werden; als Mitarbeiter werden u. a. Beckett, Max Frisch, Uwe Johnson, Peter Weiss, Martin Walser, Joan Robinson, Max Bense und Alexander Kluge genannt.

Der *ÖTV-Vertrauensmann* hat sein Maiheft 1965 unter das Motto „Jugend 65“ gestellt; das Heft enthält u. a. Aufsätze über die Aufgaben des Bundesjugendplanes (Werner Weber), die Bildungstätigkeit der deutschen Gewerkschaften (Albert Finke), die aktuelle Situation der Gewerkschaften (Siegfried Braun), die Betriebsjugendvertretung als Übungsfeld der Demokratie (Felix Kempf) und über die französische Jugend (Joseph Hermann). *W. F.*